

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 8. Auflage	5
Abkürzungen.....	14
Literatur/Literaturempfehlungen.....	16
1 Einführung	
2 Alternativen zur Rechtlichen Betreuung – „Schon heute bestimmen, was später einmal geschehen soll“	
2.1 Die tatsächliche Vorsorge durch vorausschauende Planungen und Verfügungen.....	23
2.2 Gegenseitige Vertretung von Ehegatten/eingetragenen Lebenspartnern in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge.....	27
2.3 Die rechtliche Vorsorge durch Vollmacht.....	34
2.3.1 Auswahl des Bevollmächtigten.....	35
2.3.2 Welche Angelegenheiten können einem Bevollmächtigten übertragen werden?.....	36
2.3.3 Kontrolle der bevollmächtigten Person.....	37
2.3.4 Form Vollmacht zur Vorsorge.....	39
2.3.5 Einbindung eines Anwaltes.....	41
2.3.6 Besondere Konstellationen.....	41
2.3.6.1 Betreuungsfall Eltern.....	41
2.3.6.2 Betreuungsfall geistig behindertes Kind.....	42
2.4 Die Betreuungsverfügung.....	42
2.5 Die Patientenverfügung.....	45
2.5.1 Die gesetzlichen Regelungen.....	45
2.5.2 Inhalt der Patientenverfügung.....	48
2.5.3 Die rechtliche Kompetenz zur Bestimmung durch eine Patientenverfügung.....	51
2.5.4 Beispiel für eine Patientenverfügung.....	51
2.5.5 Patientenverfügung in leichter Sprache.....	52
2.5.6 Patientenverfügungen im Zeitalter der personalisierten Medizin.....	53
2.5.7 „Sonderfall“ psychiatrische Patientenverfügung.....	54
2.5.8 Der Umgang mit Patientenverfügungen in Institutionen.....	62
2.5.9 Kritische Anmerkungen.....	63
2.5.10 Auf dem Weg zur aktiven Sterbehilfe? Eine verbesserte Hospiz- und Palliativversorgung als Antwort!.....	65
2.5.11 Heutiges Medizinverständnis und Patientenverfügung.....	72
2.5.12 Das ethische Konsil und die ethische Fallbesprechung.....	73
2.6 Selbsthilfe.....	76

3 Die Einrichtung der rechtlichen Betreuung

3.1 Grundsatz der Erforderlichkeit	79
3.2 Das Vorliegen von Krankheit oder Behinderung	84
3.3 Der Beginn des Verfahrens	85
3.4 Die Bedeutung des Willens der betroffenen Person	86
3.4.1 Der freie Wille	87
3.4.2 Der natürliche Wille	88
3.4.3 Der mutmaßliche Wille	89
3.4.4 Die Einrichtung einer rechtlichen Betreuung gegen den Willen des betroffenen Menschen	90
3.5 Das Gericht ermittelt oder die Suche nach Entscheidungshilfe	91
3.6 Verfahrenspfleger*in	93
3.7 Die Aufgaben der Betreuungsbehörde im Betreuungsverfahren	94
3.8 Die Auswahl einer für die Führung der rechtlichen Betreuung geeigneten Person	98
3.8.1 Wünsche zur rechtlich betreuenden Person	99
3.8.2 Vorrang ehrenamtlich tätiger rechtlicher Betreuer*innen	100
3.8.3 Rechtliche Berufsbetreuer*innen	105
3.8.4 Mehrere rechtliche Betreuer	109
3.8.5 Der Betreuungsverein als rechtlicher Betreuer	110
3.8.6 Die Betreuungsbehörde als rechtlicher Betreuer	110
3.8.7 Wechsel des rechtlichen Betreuers	111
3.9 Gutachten, ärztliches Attest	113
3.10 Die persönliche Anhörung der betroffenen Person	118
3.11 Zwangsmaßnahmen zur Durchführung des Verfahrens	122
3.12 Die Entscheidung des Gerichts	123
3.12.1 Inhalt des Beschlusses	123
3.12.2 Aufgabenkreis	126
3.12.3 Einwilligungsvorbehalt	131
3.12.4 Das Eilverfahren	133
3.12.5 Erweiterung des Aufgabenkreises	134
3.12.6 Überprüfung der rechtlichen Betreuung	134
3.12.7 Wirksamkeit der gerichtlichen Entscheidung	136
3.12.8 Rechtsmittel	136

4 Grundsätze zur Führung der rechtlichen Betreuung

4.1 Rechtliche Betreuung ist Hilfe zur Führung eines selbstbestimmten Lebens	140
4.1.1 Leitgedanke und Auftrag der rechtlichen Betreuung.....	140
4.1.2 Befugnisse des rechtlichen Betreuers.....	141
4.1.3 Die Pflicht zur Wunschbefolgung.....	144
4.1.4 Der Weg ist das Ziel – Unterstützung vor Vertretung	146
4.1.4.1 Allgemeine Gedanken zur Methodik.....	146
4.1.4.2 Unterstützung vor Vertretung.....	147
4.1.4.3 Der Wert der persönlichen Betreuung	153
4.2 Die betreuungsrechtliche Schutzverpflichtung	157
4.3 Besprechungspflicht/persönliche Betreuung	163
4.3.1 Allgemeines	163
4.3.2 Formen des Kontakts.....	164
4.3.2.1 Besuche.....	164
4.3.2.2 Treffen an neutralem Ort.....	165
4.3.2.3 Besuch der rechtlich betreuten Person beim rechtlichen Betreuer.....	165
4.3.2.4 Telefonat.....	165
4.3.2.5 Schriftliche Kontakte.....	166
4.3.2.6 Indirekte Kontakte.....	167
4.3.3 Häufigkeit der Kontakte	168
4.3.4 Inhalt der Besprechungspflicht.....	170
4.3.5 Absehen von der Besprechung.....	171
4.4 Rehabilitation	172
4.5 Auskunftspflicht gegenüber nahestehenden Angehörigen	173

5 Beratung und Aufsicht durch das Betreuungsgericht

5.1 Verpflichtung zur gewissenhaften Führung der rechtlichen Betreuung	175
5.2 Betreuerausweis	176
5.3 Aufsicht durch das Betreuungsgericht	177
5.4 Anfangsbericht/Anfangsgespräch	182
5.5 Vermögensverzeichnis	187
5.6 Jahresbericht	190
5.7 Rechnungslegung	192
5.8 Auskunfts- und Mitteilungspflichten	195

5.9 Abschließende Aufsicht nach dem Ende der rechtlichen Betreuung	197
5.9.1 Ende der rechtlichen Betreuung	197
5.9.2 Schlussbericht	198
5.9.3 Herausgabe des Vermögens	198
5.9.4 Schlussrechnungslegung und Rechnungsprüfung	198
5.9.5 Besorgung der Angelegenheiten nach Beendigung der rechtlichen Betreuung	200
5.9.6 Zusammenfassung der zu erledigenden Aufgaben nach dem Tod der rechtlich betreuten Person	200

6 Beispiele aus den Aufgabenbereichen

6.1 Aufgabenbereich Gesundheitsfürsorge, Untersuchung, Heilbehandlung, ärztlicher Eingriff.....	202
6.1.1 Tätigkeiten zu Beginn der rechtlichen Betreuung	202
6.1.2 Unterstützung/Vertretung im Krankheitsfall	203
6.1.3 Leitfaden für das Aufklärungsgespräch	208
6.1.4 Genehmigung des Betreuungsgerichts bei ärztlichen Maßnahmen	211
6.1.5 Eile ist geboten	215
6.1.6 Einwilligung in die ärztliche Zwangsbehandlung	216
6.1.6.1 Zwang und Zwangsmittel.....	218
6.1.6.2 Die Freiheit zur Selbstschädigung.....	219
6.1.6.3 Vorrang der Patientenverfügung	219
6.1.6.4 Vorrang des einvernehmlichen Zusammenwirkens	219
6.1.6.5 Vorrang des mutmaßlichen Willens	221
6.1.6.6 Fehlende Einsichts- und Steuerungsfähigkeit	222
6.1.6.7 Zwangsbehandlung zur Abwendung erheblicher Gefahr.....	222
6.1.6.8 Zwangsbehandlung als letztes Mittel.....	223
6.1.6.9 Der Nutzen muss das Risiko deutlich überwiegen	224
6.1.6.10 Formulierung des Antrags	224
6.2 Freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen.....	226
6.3 Aufgabenbereichen zur Wohnsituation und zum Aufenthalt.....	235
6.3.1 Zur Bedeutung der Wohnsituation	235
6.3.2 Aufgabenbereiche	236
6.3.3 Bestandsaufnahme gängiger Wohnsituationen	237
6.3.3.1 Ältere Menschen im eigenen Wohnraum	238
6.3.3.2 Ältere Menschen in der Mehrgenerationenfamilie	242
6.3.3.3 Ambulant betreutes Wohnen	243
6.3.3.4 Organisierte und nichtorganisierte Wohngemeinschaften	244
6.3.3.5 Alten- und Pflegeheim	245
6.3.4 Die Wünsche der rechtlich betreuten Person	246

6.3.5	Der Wechsel in eine Einrichtung der stationären Altenhilfe	247
6.3.6	Verfahren bei Aufgabe von Wohnraum	251
6.3.7	Durchführung des Wohnraumwechsels	256
6.4	Vermögensangelegenheiten	257
6.4.1	Zu den Aufgabenbereichen in der Vermögenssorge	257
6.4.2	Ermittlung und Sicherung des Vermögens	258
6.4.3	Allgemeine Grundsätze der Besorgung von Vermögensangelegenheiten	264
6.4.3.1	Erforderlichkeit	265
6.4.3.2	Verfügungsgeld	266
6.4.3.3	Bargeldloser Zahlungsverkehr	267
6.4.3.4	Ungeklärte Fragen zur Pflicht der Verwahrung des Verfügungsgeldes auf einem Girokonto in Verbindung mit der Pflicht zum bargeldlosen Zahlungsverkehr	268
6.4.3.5	Anlagepflicht	271
6.4.3.6	Depotverwahrung und Hinterlegung von Wertpapieren	273
6.4.3.7	Verwahrung von Wertgegenständen	274
6.4.4	Selbstbestimmung und Schutz im Bereich der Vermögensverwaltung	275
6.4.5	Einwilligungsvorbehalt in der Vermögenssorge	281
6.4.6	Anzeige und Mitteilungspflichten in der Vermögenssorge	282
6.4.7	Genehmigungsbedürftige Rechtsgeschäfte	283
6.4.8	Rechtliche Unterstützung/Vertretung im Verwaltungsverfahren	286
7	Kommunikation mit der rechtlich betreuten Person	
7.1	Kommunikation im Rechtsverkehr	290
7.2	Verwendung einer gemeinsamen Sprache	291
7.3	Grundkenntnisse zur Kommunikation	293
7.3.1	Modellvorstellung menschlicher Kommunikation frei nach Friedemann Schulz von Thun	293
7.3.2	Die Grundhaltung	294
7.3.2.1	Die Kraft zur Bewältigung der eigenen Angelegenheiten kommt aus dem betroffenen Menschen selbst	295
7.3.2.2	Akzeptanz (vorbehaltloses Wahrnehmen und Respektieren der rechtlich betreuten Person)	296
7.3.2.3	Empathie (emotionales Zugewandtsein, einführendes Verstehen)	296
7.3.2.4	Echtheit	296
7.3.2.5	Resümee	297
7.4	Das Gespräch zur Unterstützung bei der Entscheidungsfindung	298
7.4.1	Der Begriff der Entscheidung	298
7.4.2	Betreuungsrechtliche Unterstützung bei der Entscheidungsfindung	300

7.4.3	Methoden zur Unterstützung bei der Findung einer Entscheidung bei rechtlicher Betreuung.....	301
7.4.4	Die Bedeutung der Beziehung.....	304
7.5	Hilfreiches zur Kommunikation.....	306
7.5.1	Vorbereitung auf das Gespräch.....	306
7.5.2	Das Herstellen einer unterstützenden Umgebung.....	307
7.5.3	Die Betonung von „Hier“ und „Jetzt“.....	307
7.5.4	Barrierefreie Kommunikation.....	308
7.5.5	Erweitern der kognitiven Fähigkeiten.....	308
7.5.6	Das Verstandene reflektieren.....	308
7.5.7	Entwicklung der Strategie zur Problembewältigung.....	309
7.6	Ein Appell.....	309
8	Aktenführung	
9	Datenschutz	
9.1	Verarbeitung personenbezogener Daten.....	312
9.2	Datensicherheit.....	315
9.3	Checkliste.....	316
10	Haftung des rechtlichen Betreuers	
11	Kosten der rechtlichen Betreuung	
Anhang – Rechtsvorschriften		
1	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG).....	334
2	Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.....	334
3	Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).....	336
4	Gesetz über die Vergütung von Vormündern und Betreuern (Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz – VBVG).....	375
5	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG).....	384
6	Rechtspflegergesetz (RPfLG).....	410
7	Bundesnotarordnung (BNotO).....	412
8	Verordnung über das Zentrale Vorsorgeregister (Vorsorgeregister-Verordnung – VRegV).....	413
9	Satzung über die Gebühren in Angelegenheiten des Zentralen Vorsorgeregisters (Vorsorgeregister-Gebührensatzung – VRegGebS).....	417

10	Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) – Sozialhilfe	421
11	Verordnung zur Durchführung des § 82 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch.....	438
12	Verordnung zur Durchführung des § 90 Abs. 2 Nr. 9 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch	443
13	Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG).....	444
	Stichwortverzeichnis	460